Redaktion, Druck und Verlag
von R. Graßmann in Stettin
Schulzenstraße Nr. 17.

Abonnementspreis vierteljährlich in Stettin 1⅓ Thlr,
au… halb 1⁷⁄₁₂ Thlr
Insertionsgebühren: für die gespaltene Petitzeile 1 Sgr.

Stettiner  Zeitung

No. 102. Abend- Mittwoch den 29. Februar. Ausgabe. 1860.

Se. Königl. Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht:

Dem Regierungs- und Schul-Rath Dr. Landfermann zu Koblenz den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath zu verleihen; so wie den Pfarrer Bauerfeind in Lützen zum Superintendenten der Diözese Lützen, den Pfarrer Markgraf in Grabow zum Superintendenten der Diözese Burg und den Ober-Prediger Schlaaf in Weferlingen zum Superintendenten der Diözese Weferlingen zu ernennen.

Der bisherige Kreisrichter Laumann in Polzin ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Lüdinghausen und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Münster, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Lüdinghausen; und der bisherige Kreisrichter Ritter zu Darkehmen zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht zu Stallupönen und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Insterburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Stallupönen, ernannt worden.

Dem Lehrer Wolff an der Realschule zu Köln ist das Prädikat eines Oberlehrers verliehen worden.

Landtag.

Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung am 28. Februar.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen folgt die Abstimmung über alle vier Grundsteuervorlagen, und zwar nach dem Antrage des Abg. v. Arnim (Neu-Stettin) die namentliche. Es stimmen 313; für die Grundsteuervorlage 222, gegen dieselbe 91. Gegen die Vorlage stimmten die gesammten Fraktionen der Polen und der jetzigen Linken; getheilt sind die Katholiken.

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Geschäftsordnungs-Kommission über die vom Minister des Innern angeregte Frage, inwiefern die Regierung von dem Inhalt der in den Kommissionen zur Verhandlung kommenden Petitionen vorher zu unterrichten ist. Der Antrag der Kommission geht dahin, „daß die Vorsitzenden der Kommissionen ermächtigt werden möchten, in den ihnen geeignet scheinenden Fällen die Original-Petitionen nebst ihren Anlagen dem Ministerium zur Einsicht und Rückgabe binnen 48 Stunden mitzutheilen."

Das Haus tritt mit großer Majorität dem Antrage der Kommission bei.

Handelsminister v. d. Heydt: In der vorigen Diät hatte das Haus eine Petition auf Abänderung der auf die Fahr.Ordnung bezüglichen Vorschriften der Staatsregierung zur Berücksichtigung überwiesen; es wurde vorgeschlagen, beim Fahren künftig links auszubiegen. Nachdem der Gegenstand einer Erörterung unterzogen worden, beehre ich mich, eine Denkschrift vorzulegen, worin ausgeführt ist, daß und weshalb die Verwaltung in Uebereinstimmung mit den Provinzialbehörden Abstand nimmt, dem Vorschlage näher zu treten.

Es folgt die Berathung über den Gesetz-Entwurf, „betreffend die Aufsicht der Bergbehörden über Bergbau und das Verhältniß der Berg- und Hüttenarbeiter", dann der Bericht der Budget-Kommission über die Etats der beiden Häuser des auswärtigen Ministeriums u. s. w.

Bei dem Etat für die Archive ist in der Kommission die Errichtung eines Archivs für die Provinz Posen in Anregung gebracht. Abg. Schubert unterstützt den Antrag, und nachdem der Regierungs-Kommissar wiederholt, daß die Regierung, wenn das Material sich mehren sollte, mit Freuden auf den Antrag eingehen werde, wird der Antrag mit großer Majorität angenommen.

Bei dem Etat des auswärtigen Ministeriums bringt der Abg. v. Diergardt mehrere Mißstände in dem preußischen Konsulatswesen zur Sprache. Er erinnert an das Beispiel Englands und Frankreichs, betont die Nothwendigkeit einer wirksameren Vertretung der industriellen und kommerziellen Interessen Deutschlands in Amerika und weist auf die Wichtigkeit des dem europäischen Handel sich erschließenden Asien hin; die russischen Niederlassungen am Amur verdienten ein ganz besonderes Augenmerk. Wenn ein englischer Kaufmann in Kalkutta oder Borneo sich niederlasse, so genieße er den Schutz seines Mutterlandes; vom deutschen könne man dasselbe nicht sagen. Er sehe sich veranlaßt, den Wunsch auszusprechen, daß Preußen das Verfahren Englands in Bezug auf das Konsulatswesen adoptire.

Abg. Harkort: Um die deutschen Landsleute kümmerten sich die deutschen Gesandten im Auslande wenig und mit den Konsuln sei dasselbe der Fall. Er erzählt ein Beispiel, wie ein Kapitain eine ganze Woche umherirrte, ohne von dem Konsul, der zugleich Dänemark und Rußland vertrat, etwas erreichen zu können. Es sei Zeit, eine Aenderung zu treffen. — Er stellt besonders den Antrag auf Vereinigung des schweizerischen Gesandtschaftspostens mit demjenigen zu Stuttgart.

Minister der Auswärtigen Angelegenheiten Freiherr v. Schleinitz: Es sei bedauerlich, wenn eine solche Ansicht über die preußische Diplomatie innerhalb der Landesvertretung Ausdruck und auch nur vereinzelten Widerhall finde. Nach Pflicht und Ueberzeugung müsse er einem so ungünstigen Urtheile gegen eine ganze Klasse von Staatsbeamten entgegentreten; er erkläre ein solches Urtheil für unbegründet, für unrecht und entschieden für ein Vorurtheil. Wer sich die Mühe gebe, den betreffenden Personen näher zu treten, und Gelegenheit habe, aufmerksam zu beobachten, der werde finden, daß die preußische Diplomatie nicht zu ihrem Nachtheil gegen diejenigen anderer Länder zurückstehe; wenn es trotzdem scheine, er sage absichtlich „scheine", daß der preußischen Diplomatie der Vorwurf der Inferiorität gemacht werden könne, so beruhe das darauf, daß die preußische Diplomatie die schwierigste Aufgabe mit den geringsten Mitteln zu lösen habe. Nehme man das für richtig an, so werde das Haus sich sicherlich auf einen billigeren Standpunkt bei Beurtheilung unserer Diplomatie stellen als der Vorredner. — Derselbe habe neulich eine angebliche Instruktion an die preußischen Gesandten erwähnt, sich um die preußischen Staatsangehörigen im Auslande nicht zu kümmern; diese Angabe sei sofort von dem Herrn Handelsminister dementirt worden; wenn der Vorredner an die Instruktion geglaubt habe, so sei das, er könne es nicht anders nennen, nur ein Beweis für die Leichtigkeit, mit der er glaube. — Man habe gefragt, warum der preußische Gesandte in Kassel fehle. Derselbe sei dort nicht anwesend, weil er Urlaub habe. Er sei zwar nicht verpflichtet, über die Motive der Staatsregierung und ihre Entschließung in Bezug auf diesen Fall Aufschluß zn geben, er wolle aber dem Hause eine Erläuterung nicht vorenthalten. Im Spätherbst des vorigen Jahres habe die kurhessische Regierung ihrem hiesigen Gesandten Urlaub auf unbestimmte Zeit ertheilt, und die Art und Weise, in welcher die diesseitige Staatsregierung hiervon in Kenntniß gesetzt sei, habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß eine politische Demonstration beabsichtigt worden sei. Die preußische Regierung habe dieselbe in der allermildesten Form erwiedert, und daher komme es auch, daß der preußische Gesandte noch eine Dienstwohnung in Kassel habe. Er habe es stets für seine Pflicht gehalten und halte es noch dafür, begründeten Beschwerden auf der Stelle Abhülfe zu verschaffen, ebenso entschlossen sei er aber, unbegründete Anschuldignngen derjenigen Beamten, welche er zu vertreten habe, zurückzuweisen. (Bravo!) Namens dieser Beamten lege er gegen das hier ausgesprochene Verdammungsurtheil entschieden Verwahrung ein; sie hätten es nie an Ehrenhaftigkeit der Gesinnung und patriotischer Hingebung fehlen lassen.

Was den Antrag betreffe, die Gesandtschaftsposten in der Schweiz und in Stuttgart zu vereinigen, so sei derselbe gerade im jetzigen Augenblicke unzulässiger als je. Die Schweiz sei durch ihre geographische Lage in den Verwickelungen der Gegenwart zu einer besonders wichtigen Rolle berufen und werde bei etwaigen neueren politischen Gestaltungen keinen keinen unbedeuten den Einfluß ausüben. Preusien könne daher nicht ohne permanente Vertretung in der Schweiz bleiben, während alle anderen Mächte daselbst vertreten seien und Frankreich sogar durch einen Gesandten ersten Ranges, durch einen Botschafter. Dasselbe treffe bei Würtemberg zu, welches ein so wichtiges Mitglied des deutschen Bundes sei, und gerade jetzt, wo so wichtige Bundesfragen erörtert würden, müsse er die Ablehnnng des Antrages um so mehr empfehlen.

Abg. Harkort zieht seinen Antrag zurück. Er wiederholt, daß Vieles gespart werden könne. In früheren Jahren sei der preußische Gesandte in Hannover längere Zeit in Berlin als in Hannover gewesen.

Der letzte Gegenstand der Tagesordnnng ist er erste Petitionsbericht der Unterrichts-Kommission, worin, lediglich lokale und persönliche Petitionen besprochen werden und überall Tagesordnung beantragt wird.

Ueber den Stand der Frage der Heeresvorlagen in der betreffenden Kommission des Hauses der Abgeordneten ist zu melden, daß die Kommission bis jetzt zwei Sitzungen gehalten hat und noch in der allgemeinen, ersten einleitenden Diskussion steht. In der ersten Sitzung sind die vier Minister von Auerswaldt, von Patow, Graf Schwerin und von Roon erschienen; bei der Erörterung hat es an energischen Aeußerungen einer oppositionellen Stimmung gegen die Vorlage nicht gefehlt. Von Beschlüssen oder Anträgen kann im gegenwärtigen Stadium keine Rede sein; außer der Ernennung des Abgeordneten Stavenhagen zum Referenten über das Gesetz wegen der allgemeinen Dienstpflicht ist noch nichts beschlossen; der oder eventuell die andern Referenten sind noch nicht ernannt. — Der Kommissionsbericht wegen der Aufhebung der Wuchergesetze wird in dieser Woche verlesen und festgestellt werden. Referent ist der Abgeordnete von Sänger. Den Druck des Berichts erwartet man zu Anfang nächster Woche. — Die Kommission, welche den Gesetzentwurf wegen Feststellung der Wahlbezirke vorberäth, ist etwa mit der Hälfte ihrer Arbeit fertig. Der Theil des Gesetz-Entwurfs welcher sich auf die Provinzen Preußen, Pommern, Posen, Sachsen bezieht, ist durchberathen. In Bezug auf die Zusammenstellung der Wahlbezirke haben sich mancherlei konfessionelle Bedenken geltend gemacht. In Bezug auf die Wahlorte ist an einigen Stellen ein Alterniren zwischen 2 Orten, und bei ländlichen Wahlbezirken, die um eine größere Stadt herumliegen, ohne zu ihr zu gehören, eine Verlegung des Wahlorts in diesen größeren Mittelpunkt, auf Wunsch der Betheiligten, beliebt worden. — Berichterstatter ist der Abg. Lette.

Deutschland.

Berlin, 28. Februar. Se. König[liche Ho]heit der Prinz-Regent nahmen heute die Vorträge de[r Minister] v. Auerswald und Freiherrn v. Schleinitz, des General-Major[s Frh]n. v. Manteuffel und des Polizei-Präsidenten Frhrn. v. Zedli[tz] entgegen und empfingen den diesseitigen Gesandten am Königlich sächsischen Hofe, v. Savigny.

— Was die künftige Dislokation der preußischen Armee anbetrifft, so liegt es, der „Spen. Z." zufolge, in der Absicht, den Füsilier-Bataillonen behufs ihrer dadurch erleichterten Ausbildung für den Dienst der leichten Truppen, so weit möglich nur Garnisonen in kleineren Städten anzuweisen, wo der in großen Städten so viel Zeit erfordernde Wacht- und Paradedienst entweder ganz wegfallen oder doch wenigstens sehr beschränkt sein würde. Dasselbe Prinzip soll beiläufig auch für die leichte Kavallerie in Anwendung kommen, jedoch sind mit der Beschränkung die Regimenter dieser Waffe nicht mehr, wie bisher bei vielen derselben der Fall war, schwadronsweise aus einander, sondern immer wenigstens in Abtheilungen von mindestens zwei Schwadronen zusammen zu legen. Die Beschaffung der nöthigen Stallungen, Futtergelasse und Reithäuser, wird freilich der Ausführung dieser Absicht voraussichtlich große Schwierigkeiten entgegenstellen.

— Daß der preußische Gesandte in Turin, Herr Brassier v. Saint Simon, dem Könige Viktor Emanuel nach Mailand gefolgt ist, hat hier in Berlin Aufsehen gemacht. Wie von unterrichteten Personen versichert wird, hat der Gesandte die Reise jedoch erst angetreten, nachdem ihm die Garantie geworden war, daß mit der Anwesenheit des Königs in der Lombardei kein auf die Einverleibung Mittelitaliens bezüglicher Akt verbunden werden würde.

— Die von einem englischen Journal gegebene Nachricht von einem östreichisch-russischen Bündniß wird in hiesigen diplomatischen Kreisen stark bezweifelt. So viel orientirten Personen hier bekannt ist, hat Oestreich unmittelbar nach der Akkreditirung des Grafen Thun beim Petersburger Hofe Schritte gethan, um engere Beziehungen zu Rußland herzustellen, sie sind aber erfolglos geblieben. Die Absicht, den Prinzen Alexander von Hessen in außerordentlicher Mission nach Petersburg zu entsenden, ist aus derselben Ursache unterblieben, da Rußland jedem Versuche zur Annäherung gegenüber sich spröde verhielt. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß wiederholt ein Bündniß mit Rußland von Wien aus angeregt wurde, und daß darüber auch vertrauliche Mittheilungen in Petersburg gemacht worden sind, es ist aber zu Verhandlungen nicht gekommen, und am meisten bezweifelt man, daß Oestreich die von „Morning Chronicle" spezialisirten Anträge gemacht haben werde.

— In der gestrigen Sitzung des Preußischen Handelstags stand auf der Tagesordnung Art. 26. Ausdehnung der Befugnisse der Privatbanken. Die Anträge lauten: a) „Die Staatsregierung wolle gestatten: daß die Noten der Preußischen Privatbanken in allen Staatscassen in Zahlung angenommen werden dürfen, und an Private auf deren Verlangen wiederum ausgegeben werden. Sollte die Staatsregierung dem nicht Folge geben wollen, so sei wenigstens zu gestatten, daß in den vom Handelsministerium ressortirenden Kassen die Zahlung in Noten der Privatbanken zulässig." b) „Die Regierung wolle ferner — nach den Commissionsanträgen — den Privatbanken gestatten: auch Depositengelder mit jederzeitigem Rückzahlungsrecht anzunehmen." c) „Die Vorschrift der Notenemission möge endlich dahin abgeändert werden, daß statt der bisher genehmigten 100,000 rtl.-Noten a 10 rtl. solche bis auf Höhe von 250,000 rtl. ausgegeben werden dürfen." d) „Daß die Preußische Bank von Privatbanken auch Wechsel, welche noch 4 Wochen (statt der vorgeschriebenen 14 Tage) zu laufen haben, für Noten der Privatbanken in Zahlung nehmen möge."

Der Antrag a wird getheilt zur Abstimmung gestellt; und der erste Theil ohne Widerspruch angenommen. Auch der zweite Theil findet Zustimmuug. Ebenso werden die beiden Anträge über Annahme von Depositengeldern und von der veränderten Notenemission ohne Debatte adoptirt. Von verschiedenen Seiten, besonders aus Westphalen, wird in Bezug auf den Antrag d hervorgehoben, daß die Königliche Bank auch in ungünstigen Zeiten sich möglichst entgegenkommend gezeigt habe, und daß Vorsicht auch bezüglich der Geschäftsführung bei den Privatbanken wohl anznempfehlen sein möchte. Die Preußische Bank, so erwähnt Liebermann (Berlin)

sei kein reines Staatsinstitut, sie habe die Interessen ihrer Mitbetheiligten zu berücksichtigen. Ein weiter gehendes Amendement von Walter (Frankfurt) wird zurückgezogen. Der letzte Antrag d wird nach dem Vorschlage der Commission genehmigt.

Es folgt dann eine längere Berathung über den Art. 2. der Tagesordnung: Eisenbahn-Verkehr.

Bei Art. IV. der Tagesordnung: Wechselstempel hat die Kommission nach Erwägung der von Berlin, Düsseldorf, Crefeld und Eupen gestellten Anträge, folgende Proposition beschlossen:

Der Handelstag wolle es als wünschenswerth bezeichnen, daß 1) der Wechselstempel anders normirt werde, so zwar, daß alle Wechsel, auch in Beträgen unter 50 rtl., stempelpflichtig würden, jedoch unter Ermäßigung des Stempeltarifs mit der Maßgabe, daß für Wechsel bis zu 100 rtl. 1 sgr., von 100—200 rtl. 2 sgr. und so fort für je 100 rtl. mehr 1 sgr. Stempelsteuer zu erlegen wäre; 2) daß Wechselstempelmarken von der Staatsregierung verausgabt würden; 3) daß die Regierung bei den übrigen Zollvereins-Regierungen auf allgemeine Einführung dieser Einrichtungen hinwirke, und daß ein in einem Zollvereinsstaate gestempelter Wechsel im ganzen Zollvereins-Gebiet als gestempelt anerkaunt würde. —

Der Antrag der Kommission wird, mit Einschluß des Wunsches der Kommission, bezüglich der Ausdehnung auf den Zollverein, zum Beschluß erhoben.

— Nach einer Mittheilung der „Zeitung für Norddeutschland" soll das Berliner Kabinet in Wien durch seinen Gesandten eine Erklärung haben abgeben lassen, im Wesentlichen dahin gehend, daß Preußen in einer ohne provozirende Schritte von Oestreichs Seite mit bewaffneter Hand erfolgenden Ueberschreitung der Minciolinie von Westen her eine Gefährdung der Interessen Deutschlands, also auch seiner eigenen, erblicken, sich selber als zum Kampf herausgefordert, und jenen Schritt ohne weiteres als einen casus belli betrachten werde. Außerdem meldete dasselbe Blatt: der russische auswärtige Minister Fürst Gortschakoff bereite sich vor zu einer Aussöhnung mit Oestreich, und suche auch das Einvernehmen zwischen Berlin und Wien zu förden. — An allen diesen Geschichten ist, wie man der „A. A. Z." schreibt, kein wahres Wort.

— Wie die „B. B.-Z." hört, bereitet sich gegen den Minister v. d. Heydt für die Berathungen über den Eisenbahn-Etat im Abgeordnetenhause in Beziehung auf den Tarif der Staatsbahnen eine entschiedene Opposition vor.

— Der Geh. Oberregierungsrath Mätzke, vortragender Rath im Ministerium des Innern, wird am 1. Juni d. J. pensionirt werden.

— Gestern gingen gegen 50 Personen, dem Arbeiterstande angehörig, aus Pommern und Posen kommend, hier durch, um sich nach Newyork zu begeben.

— Vor einigen Tagen fand ein hiesiger Kaufmann des Morgens beim Eintritt in sein Geschäftslokal eine Menge seiner Waaren mittelst Einbruchs entwendet. Er eilte gleich zu dem Geldspinde, in welchem er nicht unbedeutende Summen liegen hatte, das aber unversehrt war. Bei näherer Besichtigung desselben bemerkte er mit einem spitzen Instrument die Worte eingravirt: „Glauben Sie nicht, Herr F., daß ich Ihren Schrank nicht öffnen kann, es hat mir nur an Zeit gefehlt."

Frankfurt a. O., 27. Februar. Das vor Kurzem ausgegebene Februarheft der Piperschen Monatsschrift für deutsches Städtewesen enthält unter anderen interessanten Beiträgen auch die Materialien zur vollständigen Beurtheilung der Frage über die Besetzung der städtischen Beamtenstellen mit Invaliden, welche im Abgeordnetenhause zur Diskussion gekommen ist. Die der desfallsigen Petition des Magistrats zu Stargardt beigefügte Denkschrift ist von dem Ober-Bürgermeister Delsa ausgearbeitet. — Zu der bevorstehenden Messe stellen sich bereits Käufer und Verkäufer zahlreich ein; nach einer Bekanntmachung der Polizei-Direction ist den Meßfremden für ihre Anmeldung dadurch gegen früher eine Erleichterung gewährt, daß sie dieselbe nur auf dem Billet-Amt im Rathhause und nicht mehr zugleich auf dem betreffenden Revier-Polizei-Amt zu bewirken haben.

Flensburg, 25. Februar. Die Untersuchungen wegen angeblicher Verbreitung der bekannten Adresse der Stände-Versammlung an den König werden noch immer mit außerordentlichem Eifer fortgesetzt. Es ist dies Verfahren um so unbegreiflicher, da man einerseits zu einem gerichtlichen Verfahren wider die Unterzeichner dieses Aktenstücks keine Veranlassung gefunden, andererseits sogar ausdrücklich zugestanden hat, daß der Inhalt desselben den Thatbestand eines strafbaren Delikts nicht ergeben. Ungeachtet man weder den Inhalt, noch auch die Unterzeichnnng der Adresse als strafbar hat bezeichnen können, und ungeachtet dieselbe von allen öffentlichen Blättern mitgetheilt worden, fahndet man gleichwohl mit solcher Hartnäckigkeit auf einzelne Exemplare, daß man sogar keinen Anstand nimmt, zu diesem Ende nächtliche Haussuchungen anzustellen, um den vermeintlichen Leser, respektiven Besitzer eines solchen Exemplars polizeilich aus dem Bette zu holen. Indeß, die hiesige Polizei hat uns an so starke Dinge gewöhnt, daß uns von ihr nichts mehr auffallend ist.

München, 26. Februar. Am 25. d. verschied, dem „N. K." zufolge, im 76. Lebensjahre sanft und schmerzlos der Geheime Rath F. W. v. Thiersch, Vorstand der Akademie der Wissenschaften bis vor wenigen Monaten, wo er auf sein Ansuchen von diesem so wie von seinen übrigen Aemtern enthoben wurde.

— Nach einem bei allen hiesigen Infanterie-Abtheilungen expedirten Kriegsministerial-Reskript haben ungesäumt 540 Mann der Garnison aus Urlaub einzurücken und ist täglich die gleiche Anzahl Mannschaften in das Laboratorium zum Patronenmachen zu kommandiren. Indem somit die Arbeitsmannschaft verdoppelt wird, tritt, der „A. Abd. Z." zufolge, gleichzeitig eine Vermehrung der Arbeitszeit von 9 bis 12 Stnnden ein und haben nebstdem auch noch die Garnisonen Ingolstadt urd Würzburg zum selben Zwecke 200, beziehungsweise 300 Mann einzuberufen. Jedenfalls wird daher ein größerer Vorrath von scharfen Patronen angefertigt, als mit Beginn dieses Winters beabsichtigt war; doch kann man hierin noch keine außergewöhnliche Maßregel erblicken, sobald in Betracht gezogen wird, daß die Patronen für die Podewilsschen Gewehre eine längere Zeitdauer zu ihrer Herstellung als jene für die Gewehre alter Art bedürfen und mit der allmäligen Vermehrung der neuen Schußwaffen auch der Patronenvorrath in das entsprechende Verhältniß gebracht werden muß.

Leipzig, 27. Februar. Bei dem hiesigen Bezirksgerichte begann, der „Lpz. Z." zufolge, heute früh die öffentliche Verhandlung in der wider den vormaligen Professor der Theologie, Dr. Bruno Lindner, wegen Entfremdung einer großen Anzahl von Kunstblättern aus der hiesigen Universitäts- und Rathsbibliothek anhängigen Untersuchung. Die Verhandlung, welche bis heute Mittag sich meistens nur auf Erörterungen der Feststellung des Thatbestandes beschränkte, wird voraussichtlich mehrere Tage in Anspruch nehmen.

Bremen, 27. Februar. Die englischen Unternehmer, welche den Bau und Betrieb der Eisenbahn Bremen-Oldenburg-Brake zu übernehmen beabsichtigen, liefern vier Fünftel des erforderlichen Kapitals, nämlich 2,400,000 Thlr. aus England selbst, und nur ein Fünftel, nämlich 600,000 Thlr. sind durch Aktienzeichnung in Bremen und im Herzogthum Oldenburg aufzubringen. Die Unternehmer stellen eine Kaution von 100,000 Thlr. Der Verwaltungsrath der künftigen Gesellschaft soll aus neun Mitgliedern bestehen, wovon sechs aus Bremen und Oldenburg sein müssen. Der Bau der Bahn soll unter der Aufsicht der Ingenieure der Gesellschaft und unter der Kontrole von Ingenieuren der Oldenburger uud der Bremer Regierung ausgeführt, der Betrieb der Kontrole von Kommissären der beiden Regierungen geleitet werden.

Oestreich.

Wien, 27. Februar. Es hieß hier, Graf Walewski werde demnächst in einer besonderen Mission in Wien erwartet, um mit dem östreichischen Kabinet über die Bedingungen zu unterhandeln, unter welchen ein Kongreß oder eine Konferenz zu Stande kommen soll. Daß man in den Tuilerien dermalen wieder den Kongreß befürwortet, ist gewiß, es scheint jedoch nicht, daß man hier besonders geneigt ist, in einen solchen einzuwilligen. Jedenfalls dürfte die Einwilligung an zwei Bedingungen geknüpft werden, nämlich 1. daß Sardinien dem Kongreß nicht beigezogen werde, und 2. daß auf demselben kein Arrangement vorgeschlagen werde, welches auf eine Veränderung des Territorialbestandes des Kirchenstaates basire. Es liegt auf der Hand, daß die Hoffnungen auf eine Verständigung in der Kongreßfrage unter solchen Umständen nur sehr gering sein können.

Aus Bologna wird gemeldet, daß die Befestigungsarbeiten dort mit großem Eifer betrieben werden, da es Plan ist, Bologna zu einer Festung ersten Ranges zu machen. Mehr als 4000 Menschen sind an den neuen Festungsarbeiten beschäftigt, welche von dem Modeneser Major Araldi geleitet werden, der zu den besten Genie-Offizieren Italiens gezählt wird und seine Studien in Frankreich gemacht hat.

Man glaubt, daß in Folge des wieder auflebenden guten Vernehmens zwischen Oestreich und Rußland sich das Wiener Kabinet in Ungarn und Venetien viel entschlossener zeigen wird, und will auch dafür schon Anzeichen haben.

Auch eine Depesche des englischen Kabinets in Betreff Venetiens ist angekündigt worden. So etwas war wohl nach dem Triumph, den dieses Kabinet im Parlament gefeiert, vorauszusehen. Das letzte Votum des Unterhauses hat hier einen tiefen Eindruck gemacht. Man hatte es nicht erwartet, weil man das Gegentheil wünschte. Aber in der Politik gilt Voraussehen mehr als Wünschen.

Großbritanien und Irland.

Portsmouth, 26. Februar. Gestern Morgen 10 Uhr langte mit dem Bahnzuge von Southampton der Chef des preußischen Geschwaders, Kapitän zur See Sundewall, in Begleitung seines Flagglieutenants, Lieutenant zur See 2. Klasse, Freiherr von Schleinitz, und des Geschwader-Intendanten, Marine-Intendantur-Assessor Sachse hier an, um die „Thetis" und „Frauenlob" zu inspiziren, zu welchem Zwweck bereits seit 9 Uhr ein Boot am hiesigen Ufer klar lag, um die Herren zuvörderst an Bord der „Thet s" zu bringen. — Auf der „Thetis" inspizirte der Geschwader-Chef Mannschaft und Schiff, dann wurde mit Segel exerzirt, Klar-Schiff (klar zum Gefecht oder Generalmarsch) und Feuerlärm geschlagen, welche sämmtliche Exerzitien bis nach 2 Uhr dauerten und den Herrn Chef besonders zufriedenstellten. Nach Beendigung derselben wurde beim Kommandanten der „Thetis" ein Diner eingenommen. Gegen halb 5 Uhr wurde die Mannschaft aufgepfiffen und gab Herr Kapitän Sundewall dem Kommandanten, den Offizieren und der Mannschaft in einigen ergreifenden Worten seinen Beifall über die Haltung und die guten, präzisen Exercitien zu erkennen, berührte auch, daß er erst später mit der „Thetis" wieder zusammenkommen würde. Bald darauf verließ derselbe die „Thetis", um sich nach dem „Frauenlob" zu begeben und kehrte um 6 Uhr wieder zurück.

„Thetis" uud „Frauenlob" sind seeklar und warten blos auf das Eintreffen des Legations-Sekretär Herrn Pieschel von Berlin, wohin derselbe sich vor einiger Zeit begeben, um dann unverzüglich in See zu stechen. Teneriffa ist der erste Ankerplatz; ein längerer Aufenthalt wird da nicht genommen; vielleicht 3 bis 4 Tage. Tag und Stunde des Absegelns werde ich Ihnen wohl noch im Laufe dieser Woche mittheilen können, da Herr Pieschel Berlin bereits verlassen hat.

Provinzielles.

Ueckermünde, 27. Februar. Hier kursirt eine Petition um Beibehaltung der Schul-Regulative. Dieselbe ist von den Geistlichen und Kirchenbeamten unterschrieben, aber nicht von den andern städtischen Lehrern, mit Ausnahme eines.

Lauenburg, 25. Februar. Heute wurde in unserer Stadt wiederum ein werthvoller Fund, binnen kurzer Zeit der dritte, unter der Erde hervorgeholt. Als man nämlich damit beschäftigt war, den Keller eines Hauses im sogenannten Kloster zu vertiefen, stieß einer der Arbeiter auf einen harten Gegenstand, welcher sich nach dem Herausheben als ein mit klingendem Courant wohl angefüllter kupferner Theekessel präsentirte. Nach genauer Durchzählung ergab sich der Inhalt auf 288 Thlr. 25 Sgr., theils in holländischen Dukaten, theils in 1/1, 1/2, 1/3, 1/6 und 1/12 preuß. Thalerstücken, theils in französischeu Silbermünzen, zum ungefähren Werthe von 20 Sgr. das Stück; mit Ausnahme eines Thalers vom Jahre 1796, aus der Zeit Friedrichs des Großen.

Stettiner Nachrichten.

** Der Baiersche Hof in der Louisenstraße, dessen schöner Saal und geräumige Lokalitäten mancher Gesellschaft zum Versammlungsort bei Festlichkeiten rc. gedient hat, wird mit dem 1. April zum Möbelmagazin umgewandelt werden, und soll Herr Tap. Groß dort eine Niederlage seiner Fabrikate errichten wollen.

* Der „St.-Anz." enthält eine Verfügung vom 15. Februar 1860. Der §. 12 des Jagdpolizei-Gesetzes vom 7. März 1850 hat, indem er die Zahl der Pstchter eines gemeinschaftlichen Jagdbezirks auf höchstens drei fixirt, unzweifelhaft eine Genossenschaft von höchstens drei Personen im Sinne, welche gemeinschaftlich die Nutzung üben und gemeinschaftlich für die Erfüllung des Kontrakts und für die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften verhaftet sein sollen. Hiermit im geraden Widerspruch steht die offenbar mißverständliche Auslegung der Gemeinde-Behörden, daß mit gleicher gesetzlicher Befugniß auch das Jagdrecht auf ein und demselben Jagdbezirke dreimal an drei einzelne Personen verpachtet werden könne, welche sonach keine Gemeinschaft unter einander haben. Das Gesetz gestattet nur die Verpachtung an Drei gemeinschaftlich; dem entgegen steht die Verpachtung an drei selbstständige, von einander unabhängige Pächter. Denn daß diese Drei ihre Einzelnrechte auf ein und demselben Jagdbezirke ausüben sollen, begründet keineswegs eine Gemeinschaft unter ihnen, stellt vielmehr das Interesse eines jeden Einzelnen dem Interesse der beiden Andern grade gegenüber, und schließt somit das Motiv zur Jagddevastation in sich, während die Bestimmung des Gesetzes drm Prinzipe der Jagdpflege entspricht.

Börsen-Berichte.

Stettin, 29. Februar. Witterung: Thauwetter mit Schnee und Regen. Temperatur: + 1 Grad. Wind: West.

Am heutigen Landmarkt bestand die Zufuhr aus: 15 W. Weizen, 18 W. Roggen, 3 W. Gerste, 8 W. Hafer, 1 W. Erbsen. — Bezahlt wurde für: Weizen 64—68 Rt., Roggen 44—49 Rt., Gerste 33—38 Rt., Erbsen 44—48 Rt., alles pr. 25 Schfl.; Hafer 26—27 Rt. pr. 26 Schfl.

Stroh pr. Schock 5 1/2—6 1/2 Rt. Heu pr. Ctr. 12—15 Sgr.

An der Börse:

Weizen unverändert, loco pr. 85pfd. gelber 66—67 1/2 Rt. bez., geringer gunter poln. 60—61 1/2 Rt. bez., 85pfd. gelber inländischer pr. Frühjahr 68 1/2 Rt. bez. und Gd., vorpomm. 70 Rt. G., Juni-Juli 85pfd. gelber inländ. 70 Rt. bez.

Roggen behaupiet, loco pr. 77pfd. 45 1/2 Rt. bez., pr. Febr. 46 Rt. bez., Febr.-März 45 1/4 Rt. Gd., Frühjahr 44 1/2, 3/4, 45 Rt. bez. und Br., Mai-Juni 45 Rt. Br., Juni-Juli 45 1/4 Rt. bez.

Gerste uud Hafer ohne Umsatz.

Rüböl fest, loko 10 5/6 Br., Februar u. Februar-März 10 3/4 Br., April-Mai 10 23/24 bez., 11 Br., September-Oktober gestern noch 11 2/3 bez., heute 11 3/4 Br.

Leinöl loko inkl. Faß 11 Rt. Br.

Spiritus unverändert, loko ohne Faß 16 bez., pr. Februar 16 1/8, 16 7/24 bez., Februar-März 16 7/24 bez., März-April 16 1/3 Br., 16 1/4 Gd., Frühjahr 16 7/12, 16 2/3 bez., 16 7/12 Br. und Gd., Mai-Juni 16 5/6 Gd., Juni-Juli 17 1/6 Gd.

Die telegraphischen Depeschen melden:

Berlin, 29. Februar. Staatsschuldscheine 84 3/8 bez. Prämien-Anleihe 3 1/2 pCt. 113 bez. Berlin-Stettiner 95 Gd. Stargard-Posener 81 Gd. Oestr. Nat.-Anl. 58 1/4 bez. Diskonto-Commandit-Anth. 81 1/4 Br. Franz. Oest. Staats-Eisenbahn-Aktien 133 bezahlt. Wien 2 Mou. 74 1/2 bez. Hamburg 2 Mon. —. London 3 Mon. —.

Roggen pr. Februar 47 7/8, 48 bez., pr. Februar-März 47 3/4 bez., 48 Gd., pr. Frühjahr 47 3/4 48 bez.

Rüböl loco 11 Rt. Br., Februar-März 11 Br., 10 7/8 Gd., April-Mai 11, 11 1/12 bez., September-Oktober 11 17/24 bez.

Spiritus loco pr. 8000 pCt. 16 5/8 Gd., Februar-März 16 3/4 Br., 5/8 bez., März-April 16 2/3, 5/8 bez., April-Mai 16 11/12, 5/6 bez.

Hamburg, 28. Februar. Getreidemarkt. Weizen loko Preise unverändert, ab Auswärts auf letzte Preise gehalten, jedoch stille. Roggen loko unverändert, ab Känigsberg 83pfd. pr. Frühjahr 76 gefordert, 75 1/2 wohl zu machen, ab Elbing 129—130pfd. 80 bez., ab Dänemark 124—125pfd. 75 Rt. bez. Oel pr. Mai 24 1/4, pr. Oktober 25 1/2. Kaffee sehr fest, aber ruhig.

Stettiner Börse vom 29. Februar 1860.

Berlin	kurz	100 B
"	2 Mt.	99 1/3 B.
Hamburg	6 Tag.	150 5/8 B.
"	2 Mt.	150 1/4 bz. u. B.
Amsterdam	8 Tag.	142 5/8 G.
"	2 Mt.	—
London	10 Tg.	6 20 bz. u. B.
"	3 Mt.	6 18 B.
Paris	10 Tg.	—
"	2 Mt.	79 1/12 B
Bordeaux	10 Tg.	—
"	2 Mt.	79 1/12 B
Bremen	8 Tg.	—
"	3 Mt.	—
St. Petersbg.	3 Woch.	—
Wien	8 Tag.	—
"	2 Mt.	—
Frw. St.-Anl.	4 1/2	—
Staats-Anl.	4 1/2	99 3/4 B
" "	5	105 B
St.-Schldsch.	3 1/2	84 1/4 B
Pr. Präm.Anl.	3 1/2	—
Pomm.Pfdbr.	3 1/2	86 3/4 B
" Rentenbr.	4	—
Ritt. P.P.B.A. à 500 Rtl.	...	—
Berl.-St. Eisb. Act. Lit. A. B.	4	—
" Prior.-	4 1/2	—
" "	4	—
Starg.-P. E.A.	4 1/2	—
" Prior.-	3	—
" "	4 1/2	—
Stett. Stdt.-O.	4 1/2	99 B
St. Str.-V.-A.	...	110 G
Pr. Nat.-V.-A.	4	95 B
Pr. See-Ass.-Comp.-Act.	...	640 B

Pomerania	...	107 1/2 B
Union	...	100 1/2 B
St. Börsenh.-Obligationen	...	—
St. Schausp.-Obligationen	...	—
St. Speich.-A.	...	100 B
V.-Speich.-A.	...	118 B
Pomm. Prov.-Zuckers.-Act.	...	1600 G
N. St. Zucker-Sied.-Actien	...	550 B
Mesch. Zuck.-Fabrik-Anth.	...	100 B
Bredower do.	...	—
Walzmühl-A.	...	1000 G
St. Portl. Cem. Fabrik	...	100 B
Pom. Chauss.-bau-Obligat.	5	—
Stett. Dampf-Schlepp-Ges.	...	800 B
Stett. Dampfschiffs-Ver.	...	220 B
N. Dampf.-C.	...	88 B
Germania	...	95 B
Vulcan	...	55 B
Stett. Dampfmühlen-Ges.	4	70 B
Pommerensd. Chem. Fabrik	...	100 B
Chem. F.-Ath.	...	520 B
Stett. Kraft-Dünger-F.-A.	...	55 B
Used.-Woll. Kreis-Oblig.	5	—
Greifenhagen Kreis-Oblig.	5	—